



Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum GmbH

Befragungen für Piratenfraktion im Landtag NRW

2. Teilerhebung: Verfassungsbarometer, 3. Welle

Durchführung:	Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum GmbH (SUZ)
Befragungsart:	Computer-Assisted Personal Interviewing (CAPI)
Befragungsorte und -tage:	Oberhausen, 01.12. sowie Essen 02.12. und 03.12.
Anzahl realisierter Interviews:	523
Stichprobe/Auswahl Zielpersonen:	Willkürliche Stichprobe, nicht repräsentativ; Befragung in Fußgängerzonen an Tagen, an denen die Piratenfraktion im Landtag NRW mit dem mobilen car office in den Fußgängerzonen vor Ort war.
	Vorgesehene Quotierung mit Verteilung auf je 100 Personen ab 15 Jahren in fünf verschiedenen Altersgruppen sowie jeweils 250 männliche und weibliche Personen

1. Stichprobenbeschreibung / Verteilung soziodemographischer Merkmale

Die letzte Welle des Verfassungsbarometers wurde aufgrund der winterlichen Witterung auf drei Tage gestreckt; insgesamt wurden insgesamt 523 Personen befragt. Dass sich der Anteil beider Geschlechter insgesamt die Waage hält, ist dem Umstand zu verdanken, dass in Oberhausen vergleichsweise mehr Frauen, in Essen hingegen vergleichsweise mehr Männer befragt wurden.

Auffällig ist für Essen ein extrem geringer Anteil älterer Personen zugunsten der Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren, ein höherer Anteil mit Gymnasium als besuchter Schulform¹ und ein viermal höherer Anteil studierender Befragter als bei den Oberhausener Befragten. Für die ungleiche Verteilung dürfte ursächlich sein, dass die Befragung in Essen in der Innenstadt unweit des Weihnachtsmarktes durchgeführt wurden, in Oberhausen hingegen in der alten, „vernachlässigten“ Innenstadt und nicht in der durch das „Centro“ bekannten neuen Mitte.

Tab. 1: Soziodemographische Merkmale nach Erhebungsort und insgesamt

	Befragungsort und -tag		
	Oberhausen 01.12.	Essen 02./03.12.	Gesamt 01.-03.12.
Geschlecht			
weiblich	55,6	46,4	49,7
männlich	44,4	53,6	50,3
Gesamt	n=189	n=334	n=523
Altersgruppe			
15-25	19,0	41,3	33,3
26-35	17,5	20,4	19,3
36-45	16,4	12,0	13,6
46-60	25,9	21,6	23,1
61-99	21,2	4,8	10,7
Gesamt	n=189	n=334	n=523
Schulform			
Gesamtschule	11,6	13,5	12,8
Gymnasium	30,2	50,9	43,4
Hauptschule	29,6	12,0	18,4
Realschule	20,1	21,0	20,7
Sonstige	8,5	2,7	4,8
Gesamt	n=189	n=334	n=523
Tätigkeit			
Auszubildende	4,2	9,6	7,6
berufstätig	46,0	49,1	48,0
Schüler	6,3	8,1	7,5
Sonstiges	38,6	13,2	22,4
Student	4,8	20,1	14,5
Gesamt	n=189	n=334	n=523

Alle Angaben mit Ausnahme der Fallzahlen in Prozent.

¹ Zur Interpretation des Schulbesuchs vgl. Bericht zu Kernthemenbarometer, Welle 1.

2. Kernthemen

2.1 Landtagswahlrecht ab 16 Jahren

51 Prozent der Befragten unterstützen ein Landtagswahlrecht für Personen ab 16 Jahren, 45 Prozent hingegen lehnen es ab; bei den männlichen Befragten wird das Landtagswahlrecht ab 16 Jahren von der Hälfte abgelehnt. Befürworter sind erwartungsgemäß jüngeren Alters.

Tab. 2: Landtagswahlrecht ab 16 J. nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Sollten sich junge Menschen ab 16 Jahren an Landtagswahlen beteiligen dürfen?"				
Landtagswahlrecht ab 16 J.	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	48	50	3	260
weiblich	55	41	4	263
Gesamt	51	45	3	523
Alter				
15-25	64	33	3	174
26-35	52	45	3	101
36-45	45	51	4	71
46-60	44	52	4	121
61-99	36	63	2	56
Gesamt	51	45	3	523
Schulform				
Gesamtschule	49	45	6	67
Gymnasium	50	48	2	227
Hauptschule	47	49	4	96
Realschule	61	36	3	108
Sonstige	48	44	8	25
Gesamt	51	45	3	523
Tätigkeit				
Auszubildende	65	30	5	40
berufstätig	50	47	2	251
Schüler	67	31	3	39
Sonstiges	44	50	5	117
Student	51	45	4	76
Gesamt	51	45	3	523
Erhebungsort				
Essen	55	42	3	334
Oberhausen	44	51	4	189
Gesamt	51	45	3	523

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

Hinsichtlich der aktuellen Tätigkeit indessen wird dem Landtagswahlrecht für Menschen ab 16 Jahren vorwiegend von Schülern und Auszubildenden zugestimmt, beide Gruppen wurden jedoch mit geringen Fallzahlen befragt. Studierende indessen entsprechen bei dieser Frage weitgehend dem Gesamtergebnis für alle Befragten. In Essen befragte Personen stehen dem Landtagswahlrecht indessen deutlich positiver gegenüber als in Oberhausen befragte; dieser Effekt dürfte allerdings dem oben geschilderten Sachverhalt geschuldet, dass in Essen vorwiegend Personen jüngeren Alters befragt wurden. Werden in beiden Städten ausschließlich Personen von 15-25 Jahren berücksichtigt, so liegt ist der Anteil der Zustimmenden nahezu identisch bei jeweils 64 Prozent.

2.2 Absenkung der Hürden für Volksinitiativen

Knapp mehr als die Hälfte der Befragten unterstützt die Forderung nach einer Absenkung der Hürden für Volksinitiativen. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht feststellbar, im altersspezifischen Sinne hingegen schon: Während knapp zwei Drittel der Befragten unter 26 Jahren die Absenkung der Hürden für Volksinitiativen unterstützen, trifft dies bei Personen über 60 Jahren auf weniger als ein Viertel zu.

Abgelehnt wird die Absenkung der Hürden für Volksinitiativen insbesondere von Personen mit Hauptschule als angegebener Schulform. Zu den Befürwortern zählen hinsichtlich aktueller Tätigkeit insbesondere Schüler/innen und Studierende, dagegen sind vor allem Personen mit sonstiger Angabe der Tätigkeit (hierunter dürften sich auch Personen in Rente befinden).

Tab. 3: Absenkung der Hürden für Volksinitiativen nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Sollten die Hürden für Volksinitiativen abgesenkt werden?"				
Absenkung Hürden Volksinitiativen	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	51	43	6	260
weiblich	51	43	6	263
Gesamt	51	43	6	523
Alter				
15-25	66	28	6	174
26-35	58	35	7	101
36-45	49	45	6	71
46-60	36	58	6	121
61-99	23	71	5	56
Gesamt	51	43	6	523
Schulform				
Gesamtschule	61	34	4	67
Gymnasium	58	37	5	227
Hauptschule	27	65	8	96
Realschule	52	42	6	108
Sonstige	48	48	4	25
Gesamt	51	43	6	523
Tätigkeit				
Auszubildende	58	28	15	40
berufstätig	45	50	5	251
Schüler	74	21	5	39
Sonstiges	38	56	6	117
Student	74	22	4	76
Gesamt	51	43	6	523
Erhebungsort und -tag				
Essen	55	40	5	334
Oberhausen	44	49	7	189
Gesamt	51	43	6	523

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

Hinsichtlich der Unterschiede nach dem Befragungsort gilt das bei der Zustimmung zum Landtagswahlrecht ab 16 Jahren Gesagte in Analogie.

2.3 Kommunalwahlrecht Nicht-EU-Ausländer

Ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer unterstützt knapp mehr als die Hälfte der Befragten (Tab. 4). Bei den Zustimmenden unterscheiden sich männliche und weibliche Befragte nur geringfügig; unter denen, die dem nicht zustimmen, sind jedoch insoweit Unterschiede auffällig, dass sich Männer vergleichsweise häufig für „nein“ entschieden, Frauen hingegen häufiger für „weiß nicht“. Der Anteil der „weiß nicht“-Antworten ist höher als bei den anderen drei Items des Verfassungsbarometers; dies läßt die Vermutung zu, dass diese Kategorie mitunter aus Gründen der political correctness gewählt wurde, um nicht mit „nein“ antworten zu müssen. Daher wird folgend ausschließlich der Anteil der Zustimmenden berücksichtigt.

Hier zeigt sich, dass Alter und Erhebungsort praktisch keine Rolle spielen; hinsichtlich besuchter Schulform stehen Hauptschüler dem Kommunalrecht für EU-Ausländer eher positiv gegenüber, Gymnasiasten und Gesamtschüler hingegen eher kritisch.

Tab. 4: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

"Sollten Nicht-EU-Ausländer in ihren Gemeinden wählen dürfen?"				
Kommunalwahlrecht Nicht-EU-Ausländer	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	52	35	13	260
weiblich	54	27	19	263
Gesamt	53	31	16	523
Alter				
15-25	54	24	22	174
26-35	50	32	18	101
36-45	52	34	14	71
46-60	53	39	8	121
61-99	55	32	13	56
Gesamt	53	31	16	523
Schulform				
Gesamtschule	58	24	18	67
Gymnasium	47	34	19	227
Hauptschule	69	28	3	96
Realschule	47	33	19	108
Sonstige	56	24	20	25
Gesamt	53	31	16	523
Tätigkeit				
Auszubildende	40	28	33	40
berufstätig	55	34	11	251
Schüler	64	15	21	39
Sonstiges	55	33	12	117
Student	45	26	29	76
Gesamt	53	31	16	523
Erhebungsort und -tag				
Essen	53	32	16	334
Oberhausen	53	30	17	189
Gesamt	53	31	16	523

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

2.4 Klagerecht vor Landesverfassungsgericht

Als letztes der Verfassungsthemen wurde abgefragt, inwieweit jedem Menschen in NRW vor dem Landesverfassungsgericht ein Klagerecht zustehen soll. 62 Prozent der Befragten stimmen einem Klagerecht für alle Menschen zu – zehn Prozent mehr als bei der vorherigen Welle, jedoch neun Prozent weniger als bei der ersten Welle. Nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht feststellbar, hinsichtlich des Alters weicht vorwiegend die jüngste Altersgruppe vom Gesamtergebnis für diese Frage ab, was sich in einem vergleichsweise hohen Anteil von „weiß nicht“-Antworten äußert.

Auch hinsichtlich besuchter Schulform zeigen sich keine Besonderheiten (die Kategorie „Sonstige“ wird hier vernachlässigt, da sie inhaltlich unbestimmt ist und die Fallzahlen zudem sehr gering sind). Dasselbe gilt in Bezug auf die Fallzahlen auch für die Gruppe der Auszubildenden hinsichtlich der aktuellen Tätigkeit.

Die höhere Zustimmung durch in Oberhausen befragte Personen erklärt sich wiederum daraus, dass dort vergleichsweise wenige Personen jüngeren Alters befragt wurden.

Tab. 5: Individualklagerecht vor NRW-Landesverfassungsgericht nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Sollte jeder Mensch in NRW vor dem Landesverfassungsgericht klagen dürfen?"				
Klagerecht vor Landesverfassungsgericht	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	63	31	6	260
weiblich	60	25	14	263
Gesamt	62	28	10	523
Alter				
15-25	52	28	20	174
26-35	69	28	3	101
36-45	66	25	8	71
46-60	64	30	6	121
61-99	66	30	4	56
Gesamt	62	28	10	523
Schulform				
Gesamtschule	67	22	10	67
Gymnasium	61	30	10	227
Hauptschule	65	29	6	96
Realschule	61	25	14	108
Sonstige	48	40	12	25
Gesamt	62	28	10	523
Tätigkeit				
Auszubildende	43	33	25	40
berufstätig	67	29	4	251
Schüler	62	23	15	39
Sonstiges	62	28	10	117
Student	57	25	18	76
Gesamt	62	28	10	523
Erhebungsort				
Essen	60	29	11	334
Oberhausen	65	27	8	189
Gesamt	62	28	10	523

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

3. Bereicherung für den Landtag

Insgesamt 20 Prozent der Befragten dieser Welle gibt an, die Arbeit der Piraten im Landtag NRW als Bereicherung zu empfinden; in geschlechts- und altersspezifischer Hinsicht bestätigt sich erneut, dass insbesondere männliche Personen sowie auch die Altersgruppe von 26 bis 35 Jahren die Arbeit der Piraten als Bereicherung empfinden. Mehr als die Hälfte der befragten Personen über 60 Jahre indessen ist gegenteiliger Meinung; allerdings ist bei dieser Altersgruppe der Anteil von „weiß nicht“-Antworten deutlich geringer als bei den anderen Altersgruppen. Hinsichtlich der Tätigkeit liegt geben immerhin 30 Prozent der Studierenden an, die Arbeit der Piraten als Bereicherung zu empfinden.

Tab. 6: Bereicherung für Landtag NRW nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Bereichert die Arbeit der Piraten das Parlament in NRW?"				
Bereicherung	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	25	32	43	260
weiblich	14	34	52	263
Gesamt	20	33	47	523
Alter				
15-25	16	28	56	174
26-35	32	27	42	101
36-45	18	28	54	71
46-60	17	38	45	121
61-99	16	55	29	56
Gesamt	20	33	47	523
Schulform				
Gesamtschule	21	30	49	67
Gymnasium	21	26	52	227
Hauptschule	17	46	38	96
Realschule	17	38	45	108
Sonstige	28	28	44	25
Gesamt	20	33	47	523
Tätigkeit				
Auszubildende	10	33	58	40
berufstätig	22	32	46	251
Schüler	13	18	69	39
Sonstiges	13	48	39	117
Student	30	21	49	76
Gesamt	20	33	47	523
Erhebungsort				
Essen	18	33	50	334
Oberhausen	23	33	43	189
Gesamt	20	33	47	523

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

4. Anhang: Absolute Häufigkeiten

